

Berufsstand am Scheideweg

Ein Zwischenruf von Leo Hofmeier

Jetzt wird mit offenem Visier gekämpft. Der „Bundesverband für nachhaltige Zahnheilkunde“ (BNZK) macht keinen Hehl daraus, wie er sich die Zahnmedizin der Zukunft vorstellt: ungefähr so wie den Lebensmittelmarkt. Einige wenige große Ketten sollen die Versorgung sicherstellen. Für die Einzelpraxis ist in dieser „schönen neuen Welt“ kein Platz mehr. Sie darf allenfalls noch ein Nischendasein führen wie der Spätkauf um die Ecke. Das große Geld machen zahneins, Acura oder Dentabene.

Und in der Tat spielen viele Faktoren den „Heuschrecken“ in die Hände. Einige sind hausgemacht. Viele junge Zahnärztinnen und Zahnärzte scheuen vor dem Schritt in die Selbstständigkeit zurück und bevorzugen die vermeintlich bequeme Anstellung. Kein Investitionsrisiko, kein Stress mit der Abrechnung, kein Ärger mit dem Personal, weniger Bürokratie, geregelte Arbeitszeiten, üppiger Urlaubsanspruch – damit locken die zahnärztlichen Medizinischen Versorgungszentren (ZMVZ).

Auch die Standespolitik selbst hat dazu beigetragen, dass diverse Ängste im Zusammenhang mit der Niederlassung kursieren. Sie steckt dabei in einem strategischen Dilemma. Einerseits ist es eine Kernaufgabe der Standesvertretung, auf Probleme hinzuweisen. Andererseits weckt man durch ein solches Lamento nicht gerade die Begeisterung für die Freiberuflichkeit. Aber es gibt auch Gegenbeispiele. Kaum ein Zahnarzt bereut im Nachhinein den Schritt in die Selbstständigkeit. Es hat viele Vorteile, sein eigener Chef zu sein und die uneingeschränkte Verantwortung für die Behandlung seiner Patienten zu haben. Auch die berühmte Work-Life-Balance lässt sich durchaus mit einer eigenen Praxis vereinbaren. Die Körperschaften sind deshalb gut beraten, Informationsdefizite bei den jungen Kollegen durch entsprechende Veranstaltungen abzubauen und sie so früh wie möglich an das Thema Niederlassung heranzuführen. Das Niederlassungsseminar, das BLZK und KZVB in Bayern gemeinsam veranstalten, ist ein gutes Beispiel dafür.



Der Autor ist Leiter der Pressestelle der KZVB.

Doch es gibt auch exogene Faktoren, die die Selbstverwaltung nicht oder nur schwer beeinflussen kann. Die steigenden Investitionskosten, der Fachkräftemangel, die Digitalisierung der Zahnmedizin, die zunehmende Spezialisierung und eine höhere Mobilität der Patienten befördern den Trend zu größeren Organisationseinheiten. Für die Einzelpraxis wird es insbesondere in den städtischen Ballungsräumen eng. Wichtig ist nun, dass das Prinzip der gleich langen Spieße gilt und der Gesetzgeber für faire Wett-

bewerbsbedingungen sorgt. Die Forderung, dass MVZ ausschließlich von Zahnärzten gegründet und betrieben werden dürfen, ist die zentrale Frage für die Zukunft der Versorgungslandschaft. Der Politik muss klar sein, dass die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung nur aufrechterhalten werden kann, wenn man die Zahnmedizin nicht den freien Kräften des Marktes und damit internationalen Investoren überlässt. Darüber, wie sich die Kettenbildung in anderen europäischen Ländern auf die Qualität der Versorgung ausgewirkt hat, haben wir bereits im BZB 7-8/2018 berichtet. Gesundheit ist nun einmal keine Ware, die sich für Gewinnmaximierung eignet. Die Zahnärzte haben ein gewichtiges Argument, das sie in die Waagschale werfen können: das Vertrauen ihrer Patienten.

Um mit einer positiven Botschaft zu schließen, lohnt sich ein Blick auf die Optiker-Branche. Trotz Fielmann & Co. ist die Zahl der inhabergeführten Betriebe seit 2003 „nur“ um 23 Prozent zurückgegangen – von 9 675 auf 7 449. Gerade bei teuren Sehhilfen schätzen viele Kunden offenbar den persönlichen Service eines kleinen, inhabergeführten Betriebs. Wenn es den Zahnärzten gelingt, die erwiesenermaßen hohe Qualität ihrer Arbeit stärker in den Fokus zu rücken, können sie auch gegen große MVZ bestehen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Politik handelt und der gerade stattfindenden Kettenbildung einen Riegel vorschiebt. Auch und gerade zum Wohle der Patienten!